Antrag öffentlich	Datum 27.04.2022	Nummer A0086/22

Absender **Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz**	
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Prof. Dr. Alexander Pott	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	12.05.2022

Kurztitel Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,
die Auswirkungen des ab 01.06.2022 geltenden 9-Euro-Tickets auf die Entwicklung der innerstädtischen Wirtschaft, der Kulturszene, des Verkehrs und des Klimaschutzes umfassend im Hinblick auf die künftige Preisgestaltung der MVB bzw. auf die Möglichkeit eines kostenlosen Nahverkehrs zu analysieren und zu dokumentieren.

Wir bitten um Überweisung in den Verwaltungsausschuss und den Finanz- und Grundstücksausschuss.

Begründung:

Ob die Straßenbahn 50 Fahrgäste zu höherem Preis oder 100 Fahrgäste zu reduziertem Preis durch die Stadt bringt, bringt am Ende das gleiche Ergebnis. Leerfahrten machen die Umwelt nicht sauberer.

Mit dem dreimonatigen Angebot eines 9-Euro-Tickets besteht jetzt die einmalige Möglichkeit eines fast kostenlosen Tests im Hinblick auf die im Antrag benannten Auswirkungen.

Nicht nur der Klimawandel, sondern auch die erhöhten Benzinpreise haben das Bewusstsein vieler Menschen geändert. Man will nicht mehr mit dem Auto zum Bäcker um die Ecke, man nimmt das Rad oder möchte die Bahn nutzen. Stünde da nicht die unentwegte Preisschraube im Weg. Die Alternative „Öffentlicher Nahverkehr“ hat sich derart verteuert, dass viele Bürgerinnen und Bürger inzwischen lieber zu Fuß gehen oder überhaupt nicht mehr in die Innenstadt fahren.

Statt also einerseits die Autofahrer zu gängeln, während parallel die Preisschraube für die ÖPNV immer mehr nach oben gedreht wird, soll mit dem Antrag geprüft werden, ob sich Magdeburg zur Modellstadt für kostenlosen Nahverkehr und alternative Verkehrslösungen eignet. Zwar sorgen viele Baustellen derzeit noch für längere Fahrwege durch Absperrungen und Umleitungen, dennoch sind wir noch weit entfernt von dem, was in anderen Städten "Stau"

genannt wird. Auch die Parkplatzsituation ist längst nicht so angespannt wie in vielen - vorwiegend westlichen - Städten. Ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz ist vorhanden, so dass die Stadt für den Modellversuch prädestiniert ist. Wer ohne langes Warten kostenlos zum Arbeitsplatz fahren kann, wird sich die Nutzung des eigenen PKW überlegen. Magdeburg punktet als innovative, moderne Stadt und kann sowohl den CO^2-Ausstoß als auch Parkplatznot verringern.

Zu prüfen ist, ob die Vorteile für die Stadt die Nachteile durch reduzierte Fahrpreise ausgleichen oder übertreffen bzw. welche Zuschüsse/ Fördergelder notwendig sind, um einen derartigen Betrieb aufrecht zu erhalten.

Parallel hat die Verwaltung Einnahmeverluste durch einen kostenlosen/ günstigeren ÖPNV für alle gegen Einsparungen bzw. Mehreinnahmen aufzurechnen. Hierbei sind einzusparende Gelder durch Vergrößerung der Sanierungsintervalle des Straßenbelags, Fahrscheindruck und - verkauf, Kontrollen, Bestückung und Wartung der Fahrscheinautomaten, Wegfall des Mahnwesens den positiven Auswirkungen auf Stadtklima und Ansehen der Stadt gegenüberzustellen.

Zu berücksichtigen sind zudem zu erwartende Mehreinnahmen durch die Belebung der Innenstadt, durch höhere Gewerbeeinnahmen, bessere Auslastung von Kultureinrichtungen, wie Theater und Schauspielhaus, bessere Aufenthaltsqualität und Attraktivität der Stadt, die zu einem höheren Zustrom im Rahmen des Tourismus führt. Ein möglicher Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist ebenso mit einzubeziehen, wie ein Rückgang der Sozialausgaben.

Der kostenlose Nahverkehr nur für Menschen bis 18 Jahren berücksichtigt diese Einsparungen nicht. Erfahrungen aus Luxemburg, Melbourne und Perth, aber auch der kostenlose Fährverkehr in Amsterdam sind hierbei mit einzubeziehen. Ebenso wie die Erfahrungen aus Monheim, dessen Angebot sich nur auf die Einwohner bezieht, weshalb die Kosten für Fahrscheine, Kontrollen, Mahnwesen etc. weiterhin für die Gäste der Stadt anfallen. Hier wäre ggf. die Einführung einer pauschalen "Gäste-Taxe" mit zu prüfen. Weitere Einnahmemöglichkeiten sind die Erhöhung der Bußgelder für Verunreinigungen, z. B. das Liegenlassen von Hinterlassenschaften durch Hundehalter oder das Wildpinkeln.

Was die neue Ampel-Koalition mit der Vorgabe ihres ehrgeizigen Klimazieles fordert, muss auf regionaler Ebene umgesetzt werden, für die Bürgerinnen und Bürger aber finanzierbar sein. Die Verwaltung sollte unter Einbeziehung zu erwartender Regierungsprogramme zur Förderung des ÖPNV ein Konzept für ein Pilotprojekt erarbeiten und zudem nach weiteren möglichen Fördergeldquellen suchen, die dann auch einzufordern sind.

Roland Zander
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Aila Fassl
stellv. Fraktionsvorsitzende
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Marcel Guderjahn
stellv. Fraktionsvorsitzender
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz